

Mehr Mitbestimmung 2  
Das Straßenausbaubeitragsgesetz

Tag der Befreiung 3  
Interview mit Peter Neuhof

## Einspruch für die „Flotte Lotte“

**Neu im Amt:** Brigitte Kowas, Frauenbeauftragte in Reinickendorf

So ziemlich als erstes hat sie Einspruch eingelegt. Das verhält sich so: Reinickendorf ist ein großer Bezirk. Aber er wird nicht als sozialer Brennpunkt angesehen, schließlich rangiert er in der Gewaltstatistik im unteren Drittel. Also hat der Senat im schönen grünen Norden den Rotstift angesetzt. Einrichtungen, die jahrelang eine vorzügliche Arbeit geleistet haben, wurden die Mittel für Betreuung und Beratung gestrichen. Das ist ein großer, nicht hinzunehmender Verlust. Was geschieht mit den Frauen, die vor häuslicher Gewalt fliehen und nichts dringender brauchen als ein einfühlsames Gespräch, oder wer kümmert sich um die Frauen, die nach längerer Auszeit wieder eine Arbeit suchen und bisher bei der „Flotten Lotte“ bestens beraten wurden. Frau Kowas ist der Meinung, dass auch in Not geratene Reinickendorfer Frauen Anspruch auf professionelle Hilfe haben.

Sie ist besorgt um die Betreuung von Kindern, deren Mütter lange arbeiten müssen, ebenso wie um Mädchenprojekte, die wegfallen sollen. Sie wird retten, was zu retten ist. Sie weiß, wie wichtig bürgerschaftlicher Kontakt und Zusammenhalt ist - es ist ein Stück Lebensqualität.

Sie hat es gemerkt, als sie eine Auszeit nach der Geburt ihres Sohnes Paul nahm - wenn auch nicht für lange, denn sie war gezwungen, für den Lebensunterhalt zu sorgen und arbeitete zeitweise freischaffend, später halbtags. Das hätte sie ohne Hilfe kaum gekonnt. Noch heute ist sie ihrer Mutter dankbar, die

jederzeit einsprang, wenn ein wichtiger Termin anstand. Außerdem hat sie immer darauf geachtet, im Wohnumfeld persönliche Kontakte zu knüpfen. Sie hielt die Augen auf nach Familien in ähnlichen Situationen, organisierte Nachbarschaftshilfe und Bürgerinitiativen, so die Herrichtung eines heruntergekommenen Spielplatzes.

Inzwischen ist Paul elf und kann die Mutter schon mal entbehren.

Frau Kowas ist Sozialpädagogin mit Diplom. Schon mit 25 Jahren übernahm sie die Leitung eines Kinderheims in Kreuzberg. Viele der Mitarbeiterinnen verfügten über größere Lebens- und Berufserfahrung. Aber sie kam zurecht, weil sie feinfühlig im Umgang mit ihren Mitarbeitern war und bereit, von ihnen zu lernen. Es hat sie gefreut, dass einige ihrer früheren Kolleginnen angerufen und sie zu ihrer neuen Aufgabe beglückwünscht haben.

Im Jugendaufbauwerk Berlin hat sie später Pilotprojekte entwickelt und begleitet, war vorwiegend im Bereich Beratung tätig. Und nebenbei hat sie sich qualifiziert zur Mediatorin und Supervisorin.

Gerade ist sie dabei, die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag vorzubereiten, die am 8. März in den Hallen am Borsigturm stattfindet. Frauen und Mädchen



präsentieren hier ihre Arbeitsergebnisse und zeigen, was sie können. Für den 28. April wird der sogenannte „Girls Day“, der Mädchen-Zukunftstag, vorbereitet. An diesem Tag öffnen Unternehmen und Institutionen in der gesamten Bundesrepublik ihre Türen für Schülerinnen der 5. bis 10. Klassen, um sie auf berufliche Perspektiven hinzuweisen.

Und für all ihre anderen Pläne wünschen wir ihr Kraft und Durchsetzungsvermögen – und verlässliche Partner an der Seite.

*Elfriede Schroth*

Kontakt:  
Rathaus  
Reinickendorf  
Raum: 399B

Telefon:  
4192-2309

Mo-Di 9.00-12.00  
Do 14.00-18.00  
Fr 9.00-12.00

e-mail:  
frauenbeauftragte@  
ba-rdf.verwalt-  
berlin.de



## PDS-Abgeordnete reagierte prompt

Ende November informierte sich Jutta Matuschek, verkehrspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, bei der BI Schulzendorfer Straße über anstehende Fragen. Am 21.2.2005 richtete sie folgende Kleine Anfrage an den Senat:

1. Wie viele Hauptverkehrs- oder Wohngebietssammelstraßen gelten in Berlin als noch nicht vollständig erschlossen, welche sind das (bitte nach Bezirken getrennt auflisten)?

2. Welche Kriterien liegen der Einstufung „erschlossen“ oder „noch nicht vollständig erschlossen“ zugrunde?

3. Wer beschließt auf welcher Grundlage über diese Einstufung?

4. Wo können interessierte Bürger die Liste der „nicht erschlossenen“ Straßen einsehen?

5. Wie bewertet der Senat die Einstufung der Schulzendorfer Straße durch den Bezirk Reinickendorf als „nicht erschlossen“, obwohl sie ortsüblich mit Fahrbahn, zweiseitigen Gehwegen und Regenwasserversickerung ausgebaut und funktionsfähig ist und im Straßenentwicklungsplan (StEP) Verkehr als „ortsübliche Verbindungsstraße“ gekennzeichnet wurde?

6. Wer hat bei der Festlegung des Erschließungsstatus die Fach- und Rechtsaufsicht und wohin können sich Anlieger wenden, wenn sie der vorgenommenen Einstufung widersprechen wollen?

## Mehr Mitbestimmung - Dorn im Auge des Baustadtrats

Kommen wird es mit Sicherheit - das zur Zeit in der politischen Diskussion befindliche Straßenausbaubeitragsgesetz. Fraglich ist nur, wie wird es ausgestaltet. Ist das Gesetz ein Schritt zu mehr gerechter Lastenverteilung oder „reine Abzockerei“, wie Baustadtrat Dr. Wegner (CDU) behauptet? Was er wohl tatsächlich fürchtet, ist die sehr weitgehende Informationspflicht der Baulastträger gegenüber den potentiell Beitragspflichtigen. Das, was man in dem Ursprungs-Gesetzentwurf seines Parteifreundes, des Ex-CDU-Senators Kleemann aus dem Jahr 1996, vergeblich gesucht hat, nämlich das Recht der BürgerInnen mitzureden in Angelegenheiten, die sie direkt betreffen, soll nun durch den rot-roten Senat Gesetz werden.

Apropos Abzockerei: Dr. Wegner versucht, die Grundstückseigner der Schulzendorfer Straße mit 90 Prozent der Kosten für einen Ausbau zu belasten, den dort mehr als 95 Prozent der Anwohner ablehnen. Ein Heiligenseer Bürger nannte dies „Politisches Pharisäertum“.

Das neue Gesetz soll die Höhe der Beiträge zu Straßenausbaumaßnahmen von Eigentümern der direkt anliegenden Grundstücke regeln (s. a. Landesinfo). Nicht mehr, und nicht weniger. Die Verbindung mit weitgehenden Informations- und Mitwirkungsrechten der betroffenen

Eigentümer ist völlig neu eingearbeitet und richtig. Durch eine großzügige Härtefallklausel sollen Eigentümer mit geringem Einkommen ganz oder teilweise von Beiträgen befreit werden.

Eine prozentuale Beteiligung soll es geben; abhängig vom Anteil der öffentlichen Nutzung. Die anliegenden Grundstücke erfahren eine Wertsteigerung, die sich aus der höheren Nutzungsqualität für die Eigentümer ergibt. Eindeutig ist, dass diese Beiträge nicht auf Mieten umgelegt werden dürfen und können.

Die Schulzendorfer Straße wird das Gesetz leider nicht betreffen; es kann nur für Neuplanungen gelten. Nach dem neuen Gesetz würde es für betroffene Eigentümer allerdings erheblich billiger kommen. Mit einer Härtefallregelung muss sich das Bezirksamt auch nicht auseinandersetzen. Diese gibt es im Baugesetz, das die Erschließungskosten regelt, nämlich nicht. Selbst eine Alternativplanung geht derzeit, im Unterschied zum geplanten Gesetz, zu Lasten der Betroffenen.

Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat inzwischen qualifizierte Nachbesserungen im Gesetzentwurf eingefordert. So sollen Ausbaumaßnahmen durch die BVV beschlossen und bei unterlassener Instandhaltung Beitragsminderungen durchgesetzt werden. *J. Schimrock*

### 36.Sitzung, 9.2.2005

Die CDU-Fraktion musste eine peinliche politische Niederlage einstecken. Sie versuchte, im Geiste der Presseerklärung von Baustadtrat Dr. Wegner (s. Beitrag) mit einem Dringlichkeitsantrag die BVV „grundsätzlich gegen die Einführung des sogenannten Strassenausbaubeitragsgesetzes“ festzulegen. Sprecher der anderen Parteien werteten den Antrag als „puren Populismus“ (B90), der unverantwortlich „Ängste schüre“ (SPD), als „populistische Fanfare einer Fundamentalopposition“ (FDP). Bei Stimmengleichheit (27 zu 27 Stimmen) scheiterte das CDU-Unterfangen.

Eine Große Anfrage (GA) der SPD gab Bezirksstadtrat Dr. Gaudszun (SPD) Gelegenheit, ausführlich die Bilanz und Perspektiven der bezirklichen Kulturarbeit als wichtigen Standortfaktor für R´dorf darzustellen und undifferenzierte CDU-Vorwürfe zurück zu weisen. Nachdenklich macht, dass die Besucherzahl im Heimatmuseum seit Erhebung von Eintrittsgeld im beträchtlich zurück gegangen ist.

Weitere GA betrafen die Situation der Schulkinder islamischer Religion im Bezirk (CDU), die Voraussetzungen für die Gestaltung der Schulreform ohne notwendiges Lehrpersonal (CDU/ FDP) und die Anmeldesituation für das Kitajahr 2005/2006 (B90).

Anträge der SPD zum städtebaulichen Handlungsbedarf im Bezirk (Drs. 1063/XVII), erneut zur Fußgängerzone in der Gorkistraße (Drs. 1064/XVII), zur Insel im Tegeler Hafen (Drs. 1065/XVII) und zur Parksituation in Alt-Tegel (Drs. 1066/XVII) wurden in die Ausschüsse überwiesen.

Das Bezirksamt informierte über die Übertragung weiterer sechs Kitas an freie Träger und notwendige Standortschließungen. Im Haushaltsausschuss soll das BA Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit eines Kita-Eigenbetriebes - R´dorf soll 2.050 kommunale Kitaplätze erhalten - darstellen.

Das BA beantwortete Mündliche Anfragen u.a. zur Mittelausschöpfung des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms, zur Situation der Mauersegler in der Breitenbachstraße 24-34, zu Vorfällen im Biberbau in Frohnau, zu rechtsextremen Gewalttaten im Bezirk (Renate Herranen). *K.G.*

# Es war eine Befreiung

**Zeitzeuge** Peter Neuhof über den 8. Mai und heutige Nazis

## Reinickendorfer zeitlebens

*Peter Neuhof, Jahrgang 1925, verbrachte seine Kindheit in Frohnau. Sein Vater war Angestellter einer Firma, die an der Getreidebörse handelte. Im ersten Weltkrieg hatte der Vater an der Ostfront vom Kaiser persönlich das EK II überreicht bekommen, aber er war als entschiedener Kriegsgegner heimkehrte. Ein erschreckendes Erlebnis war es für den kleinen Peter, dass 1932 ein guter Bekannter der Familie, Gerhard Weiß, im Wahlkampf von einem SA-Mann erschossen wurde und dass ein Jahr später ein ebenfalls guter Bekannter und Nachbar, Walter Hellige, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er einen Kranz an der Mordstelle angebracht hatte.*

*Vater Karl Neuhof war nach Machtergreifung der Nazis als Jude in seiner Bewegungsfreiheit wesentlich eingeschränkt und auch von seiner Arbeitsstelle entfernt worden. Bloß einen Judenstern musste er nicht tragen, weil mit einer „Arierin“ verheiratet war, die zu ihm hielt.*

*Trotz höchster eigener Gefährdung nahmen die Neuhofs einen alten Bekannten auf, Wilhelm Beuttel, der im Auftrag der KPD zur illegalen Arbeit aus Holland nach Deutschland zurück gekehrt war - ohne ausreichende Papiere. Als die Gestapo ihn 1943 aufspürte, wurden auch die Neuhofs verhaftet.*

*Dem Juden Karl Neuhof machte man keinen Prozess. Er kam ins KZ Sachsenhausen und wurde dort erschossen. Gertrud Neuhof wurde wegen „Begünstigung“ zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und ein halbes Jahr nach der Entlassung ins KZ Ravensbrück verschleppt. Peter Neuhof, bereits 1942 von der Schule gefeuert, fand Arbeit in der Wittenauer Maschinenfabrik Herbert Lindner. Nach 1945 wurde er Journalist. Er wohnt noch immer in Reinickendorf.*

**Der 8. Mai, was ist er für dich: Tag der Befreiung, Tag der Niederlage oder was?**

Eindeutig Tag der Befreiung. Diejenigen waren besiegt, die mich bedrohten, die ich fürchten musste und die ich aus ganzem Herzen hasste. Ich musste sie fürchten, weil ich der Sohn eines Juden war, den sie November 1943 im KZ Sachsenhausen ermordet hatten, und weil ich ein anderes Deutschland wollte als sie.

Was meine Mutter betrifft: Sie war im Herbst 1944 in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht und dann mit auf den Todesmarsch der KZ-Häftlinge nach Norden getrieben worden. Sie kam frei, als sowjetische Spitzen dem Marschzug zwischen Crivitz und Schwerin den Weg abschnitten und die Bewacher flüchteten. Wörtlicher kann man Befreiung nicht verstehen.

**Es gibt zur Zeit viele Berichte und Dokumentationen darüber, was Deutsche und Deutschland im zweiten Weltkrieg erlitten haben. Deutsche in der Opferrolle.**

Das ist ja auch so gewesen. Aber man muss das Kind beim Namen nennen: Wessen Opfer waren die Deutschen geworden? Es sollte niemand auf den Gedanken kommen, das Leid und auch die Verbrechen auf beiden Seiten gegeneinander aufzurechnen. Das geht einfach nicht.

Deutschland hat den Krieg angefangen und nicht Kraft gefunden, ihn selber zu beenden. Die Nazis haben gesät und das deutsche Volk hat Sturm geerntet. Krieg ist eine unmenschliche Angelegenheit. Er peitscht Hass und Rachegefühle hoch, die Angst um das eigene Leben verdrängt die Achtung vor dem Leben der Anderen.

Begonnen hat dieser Krieg mit dem Krieg im Innern, nämlich mit der Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung von Menschen, die anderer Herkunft, anderer Lebensart oder anderen Denkens waren.

**Ausgrenzung ist für dich ein Kernbegriff faschistischen und neonazistischen Denkens?**

Ja, und die daraus hergeleitete Rechtfertigung, mit Gewalt gegen die Ausgegrenzten vorzugehen.

**Wie erklärst du es dir, dass wir uns zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erneut und verstärkt mit dieser Erscheinung auseinandersetzen müssen?**

Wir haben sehr viele Arbeitslose. Und die Austrocknung des Binnenmarktes durch den Druck auf Löhne, Gehälter und Sozialleistungen bringt verstärkt die kleinen und mittleren Unternehmen in Sorge, die Leistungen für die einheimische Bevölkerung erbringen - die großen Unternehmen erzielen ja ihren Umsatz zu zwei Dritteln im Ausland.

Solche existenziellen Sorgen unterhöheln den Glauben an die tonangebenden Parteien und die Demokratie. Und manche hoffen

auf Besserung dadurch, dass Andere aus dem Boot geworfen werden.

**Allerdings besteht ein großer Unterschied zu 1933...**

Ja, damals hatten Industrie und Banken auf Hitler als ihren Sachwalter gesetzt. Heute betrachten sie die Neonazis eher als geschäftsschädigend - ein Daimler mag noch so gut sein, als Nazi-Kutsche wäre er im Ausland schlecht zu verkaufen. Aber das ist kein Trost für die, die heute und hier von Neonazis beschimpft, bedroht und terrorisiert werden.

**Brauchen wir strengere Verbote?**

Ich wäre ja nicht dagegen, aber sie würden ebenso unterlaufen wie die vorhandenen eindeutigen Gesetze, so lange Verstöße auf relativ breite Billigung oder Stillschweigen hoffen können.

Auf Dauer hilft gegen alte und neue Nazis nur eine sozial gerechte Politik, die auf den gegenseitigen und den gemeinsamen Nutzen aller Beteiligten abzielt, national und international. Und nötig sind bessere Geschichtskennntnisse der Heranwachsenden.



Familie Neuhof  
Foto privat

Interview  
Hans Schuster

# Freude auf neue Erfahrungen

### Jetzt im „Roten Laden“: Lutz Dühr

Die PDS Reinickendorf hat seit Anfang des Jahres einen neuen Leiter ihrer Geschäftsstelle in Tegel. Den Besucher im „Roten Laden“ begrüßt nun ein freundlicher, bärtiger, hochgewachsener 40-jähriger Ur-Berliner. Aufgewachsen im Ost-Teil der Stadt, hat Lutz Dühr nach dem Studium als Wirtschafts-informatiker seine „Brötchen“ bei der PDS in Weißensee und Berlin III



(Pankow) verdient - dem einst kleinsten Berliner Bezirksverband und nach der Fusion mit Prenzlauer Berg und Pankow drittgrößten der Bundesrepublik, wie er betont.

Was führt einen „gelernten Ossi“ nach Reinickendorf? Die Berliner PDS setzt die Praxis fort, ihre Geschäftsstellen im West-Teil der Stadt mit erfahrenen Mitarbeitern zu besetzen. Das sei beileibe kein Misstrauen gegenüber den West-Genossen, so Lutz Dühr,

sondern ein Stück organisierter „Entwicklungshilfe“ für die oft noch mitgliederschwachen Westverbände. Das Zusammenwachsen von Ost und West sei ein wichtiges Ziel der rot-roten Koalition in unserer Stadt. Das gelte auch für die PDS. „Nun ist der Westen für mich kein Neuland“, sagt er. In seiner bisherigen Tätigkeit habe er manchen Einblick in die Arbeit der PDS hier vor Ort erhalten, auch Bezirksgrenzen übergreifende gemeinsame politische Aktionen wie den Sozialkonvoi 2003 mit organisiert.

Was er sich vornimmt? „Die Bundstags- und Berliner Wahlen sind nicht mehr fern. Unsere wichtigste Aufgabe ist, auch in Reinickendorf dazu beizutragen, dass die PDS den Wiedereinzug in den Bundestag in Fraktionsstärke schafft. Und die Berliner Koalition sollte die Chance erhalten, die begonnenen Reformen zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Stadt fortzusetzen. Ich weiß: das wird schwer genug.“

Wer Lutz Dühr in seinen ersten Wochen im „Roten Laden“ erlebt, glaubt ihm, wenn er sagt: „Ich freue mich auf neue Erfahrungen.“

Viel Erfolg, Lutz.

*Friedrich Wilhelm*

## Am Rande

### Die Hürde Mensch -

### wenn Bürger begehren

Mehr Demokratie als Hindernis für Politik? – Ein Widerspruch in sich? Lieber „demokratisch“ ohne Bürger? Mehr und höhere Hürden, gar Verzögerung sieht unsere Bezirksbürgermeisterin, Frau Wanjura (CDU), wenn sich eine parteiübergreifende Mehrheit im Abgeordnetenhaus um mehr direkte Demokratie in Form von Bürgerbegehren und -entscheiden ausspricht. Allerdings, Frau Wanjura liegt „auf Parteilinie“ - die CDU steht Abseits von besagter Mehrheit. Hat sie etwa Angst vor Bürgerengagement? Angst vor mehr Schulzendorfer Straßen, Poloplätzen und Greenwich? Stört es das Politikgebaren der CDU, wenn Bürger Reinecke sich einmischt?

Die CDU spottet ihrer eigenen Behauptung in ihrer „CDU-Info“, sie ließe sich in Sachen Bürgernähe von niemanden überbieten (Dr. Frank Steffel, Kreisvorsitzender). Emine Demirbüken-Wegner (Mitglied des CDU-Bundesvorstandes) behauptet gar, die Union wäre die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Den Beweis bleiben freilich beide schuldig.

An „Bürgernähe“ und „soziale Gerechtigkeit“ wurde im Dezember 2004, im „Jahr der CDU“ nicht gedacht, als man/frau für die „Tegeler Gespräche“ 18 (!) Euro für ein Abendessen berappen sollte, wollte er/sie an der Veranstaltung mit Wolfgang Böhmer teilnehmen. Wer das nicht konnte, blieb vor der Tür. Eine „soziale“ Variante der CDU-Bürgernähe? Ist ja doch schade, dass „Wählen ohne Mensch“ noch nicht geht – aber vielleicht hat die CDU auch da eine „Aktivität“ parat.

*Horst Jusch*

## Termine

„Zum Töten geboren- sind Kriege vermeidbar?“, Buchlesung mit Heinz Britsche am 17. März um 15.00 Uhr, Veranstaltung der VVN/BDA Reinickendorf

„Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand“- über die kürzlich veröffentlichte Studie des Sozialwissenschaftlers Dr. Rolf Reißig diskutieren wir in einer öffentlichen Mitgliederversammlung am 19. März um 14.00 Uhr mit dem baulpolitischen Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus Michail Nelken.

Beides im „Roten Laden“.

## BVV jetzt online

Umgesetzt wurde nun ein Vorschlag der Einzelverordneten Renate Herranen (seinerzeit PDS) vom 11.2.2004, nicht nur die Termine, sondern auch Tagesordnungen und Protokolle der BVV im internet zu zur Verfügung zu stellen. Der Service steht ab sofort unter <http://www.reinickendorf.de/index.php?id=455> zur Verfügung. Das kommt dem Bürger nahe.

## „Helle Panke“

„Tegeler Dialoge zur Demokratie“ bietet die PDS- nahe Landesstiftung im „Roten Laden“ an. Am 18. April, 19 Uhr, stellen Dr. Klaus Lederer, rechtspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und Torsten Baltchukat von der Bürgerinitiative „Poloplatz“ der Frage: „Demokratie - ohne Bürger? Wie ernst nimmt die Politik die Interessen der Bürger?“

### Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:  
[info@pds-reinickendorf.de](mailto:info@pds-reinickendorf.de)

internet:  
[www.pds-reinickendorf.de](http://www.pds-reinickendorf.de)

### Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

### Wir in

Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

### Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.